

MITTEILUNGEN UND RESOLUTIONEN

1. Schreiben des Landeshauptmannes von Burgenland vom 26. Juni 2017, mit dem eine EntschlieÙung vom 18. Mai 2017 betreffend die Aufrechterhaltung nationaler Grenzkontrollen vorgelegt wird.
2. Schreiben des Landeshauptmannes von Salzburg vom 12. Juni 2017, mit dem ein Beschluss vom 31. Mai 2017 betreffend Novellierung des Waffengesetzes vorgelegt wird.
3. Schreiben des Landeshauptmannes von Salzburg vom 20. Juni 2017, mit dem zwei Beschlüsse vom 31. Mai 2017 betreffend Einführung von Obergrenzen von Bargeldzahlungen sowie die Erhaltung des Bargeldes vorgelegt werden.
4. Schreiben des Amtes der Salzburger Landesregierung vom 21. Juni 2017, mit dem ein Beschluss vom 31. Mai 2017 betreffend "Prüfung der Angleichung der Strafgeldhöhen nach StVO und IG-L bei Geschwindigkeitsüberschreitungen" vorgelegt wird.
5. Schreiben des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung vom 21. Juni 2017, mit dem eine Resolution vom 18. Mai 2017 zur Verlängerung von Art. 15a B-VG Vereinbarungen im Bereich der Kinderbetreuung und der Bildung vorgelegt wird.
6. Schreiben des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung vom 27. Juni 2017, mit dem eine Resolution vom 22. Juni 2017 betreffend "Keine Patente auf Pflanzen und Tiere" vorgelegt wird.
7. Schreiben des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung vom 14. Juni 2017, mit dem ein Beschluss vom 18. Mai 2017 betreffend Erhalt des bewährten Rettungsverbundsystems vorgelegt wird.
8. Schreiben des Amtes der Vorarlberger Landesregierung vom 21. Juni 2017, mit dem eine EntschlieÙung vom 7. Juni 2017 betreffend "Wohnpaket: Gut gemeint, aber noch nicht gut genug" vorgelegt wird.
9. Gemeinsames Schreiben der Präsidentin der Deutschen Landtagspräsidentenkonferenz und des Präsidenten der Österreichischen Landtagspräsidentenkonferenz vom 21. Juni 2017, mit dem eine Europapolitische Erklärung von Feldkirch vom 13. Juni 2017 vorgelegt wird.
10. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 26. Juni 2017, mit dem ein Beschluss vom 23. Juni 2017 betreffend "verkehrsbeschränkende Maßnahmen - Besteuerung von Dieselfahrzeuge" vorgelegt wird.

11. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 26. Juni 2017, mit dem ein Beschluss vom 23. Juni 2017 betreffend "Ungarn - nukleare Sicherheit; Ausbau des AKW Paks" vorgelegt wird.
12. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 26. Juni 2017, mit dem ein Beschluss vom 23. Juni 2017 betreffend "Gefahren der Kernenergie; Auflösung des EURATOM-Vertrages" vorgelegt wird.
13. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 26. Juni 2017, mit dem ein Beschluss vom 23. Juni 2017 betreffend "umweltrelevante Maßnahmen; Vorantreiben von Klima- und Energiestrategie und Ökostromgesetzen" vorgelegt wird.
14. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 26. Juni 2017, mit dem ein Beschluss vom 23. Juni 2017 betreffend "Tschechien - nukleare Sicherheit; transparente Suche nach einem Standort für ein Atommülllager in Tschechien" vorgelegt wird.
15. Schreiben der Landwirtschaftskammer Oberösterreich vom 22. Juni 2017, mit dem eine Resolution vom 22. Juni 2017 betreffend "Landwirtschaft braucht stabile Budgets" vorgelegt wird.
16. Schreiben der Landwirtschaftskammer Niederösterreich vom 26. Juni 2017, mit dem eine Entschließung zur aktuellen Anliegen und Problemen der Land- und Forstwirtschaft vorgelegt wird.
17. Schreiben des Instituts für Kommunalwissenschaften (IKW) vom Juni d.J., mit dem eine Resolution zur Direktvergabe von Eisenbahnverkehrsleistungen vorgelegt wird.
18. Schreiben des Bürgermeisters von St. Andrä-Wördern, mit dem eine Resolution vom 22. Mai 2017 betreffend "Sicherheitsoffensive St. Andrä-Wördern - 24 Stunden Öffnungszeiten Polizeistation St. Andrä-Wördern" vorgelegt wird.
19. Schreiben von 9 Gemeinden (Guntramsdorf, Groß Siegharts, Hollabrunn, Gaming, Obergrafendorf, Königstetten, Groß Gerungs, Mödling, Warth), mit denen Resolutionen gegen die Errichtung eines tschechischen Atommüllendlagers in Grenznähe vorgelegt werden.
20. Schreiben des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung vom 4. Juli 2017, mit dem eine Resolution vom 22. Juni 2017 betreffend Änderungen beim Vermögensregress in der Pflege vorgelegt wird.
21. Schreiben des Bürgermeisters von Strasshof vom 27. Juni 2017, mit dem eine Resolution zur Errichtung eines Viertelstundentaktes an der Nordbahn vorgelegt wird.
22. Schreiben der Magistratsdirektion Wien vom 3. Juli 2017, mit dem eine Resolution vom 29. Juni 2017 betreffend Extremismusprävention, Ausstiegsprogramm für gewaltbereite radikalisierte und extremistische Personen vorgelegt wird.

23. Schreiben des Bürgermeisters von Linz vom 4. Juli 2017, mit dem eine Resolution vom 29. Juni 2017 betreffend Sicherheit und Ordnung für Linz vorgelegt wird.
24. Schreiben der Bezirkshauptmannschaft Bruck-Mürzzuschlag vom 28. Juni 2017, mit dem eine Resolution zur Errichtung einer Pflegeversicherung vorgelegt wird.
25. Schreiben der AK Salzburg vom 27. Juni 2017, mit dem der Antrag Nr. 6 "Wohnungsgemeinnützigkeit nicht in Frage stellen" vorgelegt wird.
26. Schreiben der AK Salzburg, Rechtsabteilung vom 29. Juni 2017, mit dem Anträge der 8. Vollversammlung vorgelegt werden.
27. Schreiben der AK Salzburg, Sozialpolitik vom 29. Juni 2017, mit dem Anträge der 8. Vollversammlung vorgelegt werden.
28. Schreiben der AK Salzburg, Bildung, Jugend und Kultur vom 22. Juni 2017, mit dem der Antrag Nr. 5 - "Bildungsreform noch in dieser Legislaturperiode umsetzen" vorgelegt wird.
29. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 26. Juni 2017, mit dem ein Beschluss vom 23. Juni 2017 betreffend "Gefahren der Kernenergie; Stopp zum Ausbau der Atomkraft in Europa" vorgelegt wird.
30. Schreiben des Landeshauptmannes von Burgenland vom 3. Juli 2017, mit dem eine EntschlieÙung vom 8. Juni 2017 betreffend Anpassungen des Steuersystems vorgelegt wird.
31. Schreiben des Landeshauptmannes von Burgenland vom 3. Juli 2017, mit dem eine EntschlieÙung vom 8. Juni 2017 betreffend Maßnahmenpaket für ältere Arbeitnehmer vorgelegt wird.
32. Schreiben des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung vom 5. Juli 2017, mit dem eine Resolution vom 21. Juni 2017 betreffend "Sicherstellung des Erhalts von Sonderschulen in NÖ" vorgelegt wird.
33. Schreiben des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung vom 5. Juli 2017, mit dem eine Resolution vom 21. Juni 2017 betreffend "Verlängerung der 15a B-VG Vereinbarungen im Bereich der Kinderbetreuung und Einbeziehung des Kindergartentransportes in das Familienlastenausgleichsgesetz" vorgelegt wird.
34. Schreiben des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung vom 5. Juli 2017, mit dem eine Resolution vom 21. Juni 2017 betreffend Umsetzung der Digitalisierungsstrategie Niederösterreich vorgelegt wird.

35. Schreiben der Landeshauptfrau von Niederösterreich vom 28. Juni 2017, mit dem ein Beschluss vom 22. Juni 2017 betreffend "Russland-Sanktionen - zurück zum Verhandlungstisch" vorgelegt wird.
36. Schreiben des Landeshauptmannes von Oberösterreich vom 14. Juni 2017, mit dem drei Beschlüsse vom 24. Mai 2017 betreffend "ein modulares Ausbildungsprogramm, das PflichtschulabgängerInnen den Zugang zu Pflegeberufen erleichtert, gerechte Finanzierung der Johannes Kepler Universität Linz durch den Bund sowie Schutz der heimischen Bauwirtschaft gegen unfairen Wettbewerb" vorgelegt werden.
37. E-208-NR/XXV.GP vom 28. Juni 2017 betreffend drohender Völkermord und Hungersnot im Südsudan (Wortlaut siehe Beilage).
38. E-209-NR/XXV.GP vom 28. Juni 2017 betreffend keine Fortsetzung der TTIP-Verhandlungen auf Grundlage des derzeitigen Verhandlungsmandats (Wortlaut siehe Beilage).
39. E-210-NR/XXV.GP vom 28. Juni 2017 betreffend den Ausbau von Programmen zum Thema Frauengesundheit (Wortlaut siehe Beilage).
40. E-213-NR/XXV.GP vom 28. Juni 2017 betreffend Zuleitung des Endberichts des Expertenworkshops zur seismischen Gefährdung des AKW Krsko an den Nationalrat (Wortlaut siehe Beilage).
41. E-214-NR/XXV.GP vom 28. Juni 2017 betreffend Einschreiten gegen grenznahe Atommüllendlager (Wortlaut siehe Beilage).
42. E-215-NR/XXV.GP vom 29. Juni 2017 betreffend Vereinheitlichung der Packungsgröße für Zigaretten (Wortlaut siehe Beilage).
43. E-216-NR/XXV.GP vom 29. Juni 2017 betreffend die Angleichung der Rechtzeitigkeitserfordernisse von mittels elektronischem Rechtsverkehr und E-Mail erfolgten Eingaben mit auf postalischem Weg erfolgten Eingaben (Wortlaut siehe Beilage).
44. Schreiben des Präsidenten des Oberösterreichischen Landtages vom 8. Juli 2017, mit dem eine Gemeinsame Erklärung aller Abgeordneten zum Oö. Landtag anlässlich des Gewaltverbrechens am 30. Juni 2017 in Linz vorgelegt wird.
45. Schreiben der AK Oberösterreich vom 5. Juli 2017, mit dem vier Resolutionen der 7. Vollversammlung vom 16. Mai 2017 vorgelegt werden.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 28. Juni 2017

betreffend drohender Völkermord und Hungersnot im Südsudan

Die Bundesregierung wird aufgefordert,

- sich auf internationaler Ebene und insbesondere gegenüber den Konfliktparteien im Südsudan für die Umsetzung der Vorschläge der UN-Menschenrechtskommission für den Südsudan einzusetzen, darunter die rasche Einrichtung eines Hybridgerichts durch die AU-Kommission, die sofortige Beendigung feindseliger Handlungen und die Rückkehr zum Friedensabkommen von 2015, sowie für die Gewährung uneingeschränkter und sicheren Zutritts für die Vereinten Nationen, das IKRK, lokale Menschenrechtsverteidiger und humanitäre Helfer, damit diese ihre Arbeit im Einklang mit ihren Mandaten und internationalem Recht ausüben können;
- sich gegenüber der südsudanesischen Regierung klar gegen den Missbrauch humanitärer Hilfen zu politischen Zwecken auszusprechen;
- sich auf europäischer und internationaler Ebene dafür einzusetzen, dass das Ziel eines Waffenembargos und weiterer Sanktionen, wie das Einfrieren von Konten und die Einschränkung der Reisefreiheit gegen alle maßgeblichen Akteure, weiterverfolgt wird und im Sicherheitsrat erneut zur Abstimmung kommt;
- sich auch weiterhin im Rahmen der bilateralen Zusammenarbeit in dieser Region einzusetzen;
- diejenigen Akteure im Südsudan zu unterstützen, die sich für einen umfassenden und inklusiven nationalen Dialog engagieren und sich auch dafür einzusetzen, dass Frauen an diesem Dialog und den Friedensverhandlungen gleichberechtigt beteiligt werden.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 28. Juni 2017

betreffend keine Fortsetzung der TTIP-Verhandlungen auf Grundlage des derzeitigen Verhandlungsmandats

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, auch weiterhin eine aktive Handelspolitik zu verfolgen und sich in der Europäischen Union mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass die Verhandlungen der EU mit den USA über ein Freihandelsabkommen (Transatlantic Trade and Investment Partnership - TTIP) auf Grundlage des derzeitigen Verhandlungsmandats nicht fortgesetzt werden.“

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 28. Juni 2017

betreffend den Ausbau von Programmen zum Thema Frauengesundheit

Die zuständigen Bundesminister und Bundesministerinnen werden ersucht

die Qualität der medizinischen Angebote für Frauen unter anderem durch eine stärkere Einbindung von Gendermedizin in der Krankenversorgung, Gesundheitsvorsorge, Prävention und Früherkennung sowie in Forschung und Rehabilitation weiter zu verbessern.

Entschließung

des Nationalrates vom 28. Juni 2017

betreffend Zuleitung des Endberichts des Expertenworkshops zur seismischen Gefährdung des AKW Krško an den Nationalrat

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, wird aufgefordert, dem Nationalrat ehestmöglich den Endbericht des im April 2016 in Klagenfurt abgehaltenen Expertenworkshops zur seismischen Gefährdung des AKW Krško zuzuleiten.

Entschließung

des Nationalrates vom 28. Juni 2017

betreffend Einschreiten gegen grenznahe Atommüllendlager

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, wird ersucht, sich auf bilateraler und EU-Ebene gegen grenznahe Atommüllendlager auszusprechen und alle politischen, diplomatischen und rechtlichen Möglichkeiten gegen deren Errichtung zu ergreifen.

Entschließung

des Nationalrates vom 29. Juni 2017

betreffend Vereinheitlichung der Packungsgröße für Zigaretten

Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat eine Gesetzesvorlage zuzuleiten, mit der die im Tabak- und Nichtraucherinnen- bzw. Nichtraucherschutzgesetz verankerte Verpackungsgröße für Zigaretten, nach entsprechender Notifikation gemäß Art. 24 Abs. 2 der Richtlinie 2014/40/EU, ab 1. April 2018 gesetzlich mit 20 oder 25 Stück Zigaretten je Packung festgelegt wird.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 29. Juni 2017

betreffend die Angleichung der Rechtzeitigkeitserfordernisse von mittels elektronischem Rechtsverkehr und E-Mail erfolgenden Eingaben mit auf postalischem Weg erfolgenden Eingaben

Der Bundeskanzler wird aufgefordert, so rasch wie möglich einen Gesetzesentwurf vorzulegen, der sicherstellt, dass mittels ERV und E-Mail gemachte Eingaben an Behörden und Verwaltungsgerichte in Hinblick auf die Rechtzeitigkeit ihres Einlangens gleich behandelt werden wie postalisch gemachte Eingaben.